



Pfäffikon, 12. Dezember 2021

KINDESSCHUTZMASSNAHMEN: VOLLSTÄNDIGE KOSTENTRAGUNG DURCH KANTON

In ihrer Vernehmlassung zum Gesetz über soziale Einrichtungen verlangt die SP, dass in Zukunft der Kanton die Kosten für Kinderschutzmassnahmen vollständig trägt. Damit sollen die Gemeinden finanziell entlastet werden.

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Schwyz begrüsst im Grundsatz die Revisionsvorlage des Regierungsrates betreffend das Gesetz über soziale Einrichtungen (SEG). Mit der Revisionsvorlage werden wichtige Vereinheitlichungen im Sozialbereich vorgenommen, die längst notwendig gewesen sind. So soll die Kostentragung für alle Kinderschutzmassnahmen vereinheitlicht werden. Zukünftig sollen die gleichen Regeln gelten für ambulante und stationäre sowie für freiwillige und angeordnete Massnahmen. Zudem werden alle Einrichtungen für Kinder und Jugendliche gleich behandelt, unabhängig davon, ob es sich um ausser- oder innerkantonale handelt und ob diese der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) unterstellt sind oder nicht.

Die entscheidende Frage in der vorliegenden Gesetzesrevision ist jedoch, wer die Kosten von Kinderschutzmassnahmen trägt. Die bisherige Rechtslage sah vor, dass ausschliesslich die Gemeinden für die Finanzierung von Kinderschutzmassnahmen zuständig sind, wenn die Eltern nicht dafür aufkommen können. Neu schlägt der Regierungsrat vor, dass für Kinderschutzmassnahmen in Zukunft der Kanton und die Gemeinden je hälftig aufkommen sollen. Dieser Vorschlag geht der SP zu wenig weit. Um einen echten Sozillastenausgleich zwischen den Gemeinden zu erreichen beantragt die SP, dass die Kosten zukünftig gänzlich vom Kanton übernommen werden. Dies trägt erstens dem Umstand Rechnung, dass die Gemeinden keinen Einfluss auf die von der KESB angeordneten Kinderschutzmassnahmen haben. Und zweitens beendet diese Regelung die bisherigen Streitereien um Kosten und stellt stattdessen die Bedürfnisse der Kinder ins Zentrum. Ausserdem kann so die Steuerdisparität zwischen den Gemeinden gesenkt werden.

SP Kanton Schwyz